

Liste 3 - Vorschläge Gemeinderat zur Einzelabstimmung

Titel	Amt	Beschreibung des Vorschlags	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag	Einsparung Sachkosten / Mehreinnahmen	Betrag	Anmerkungen	OR Tannau	OR Kau	OR Langnau	VA
Helfer im Ehrenamt zur Entlastung des Bauhofs	Bürgerschaftliches Engagement	Projektstart: Ehrenamtliche übernehmen Arbeitsleistungen vom Bauhof	Prüfauftrag in welchen Bereichen es möglich ist, wird grundsätzlich empfohlen	Start eines Projektes zur Entlastung des Bauhofs durch Ehrenamtliche	Einsparung			JA	JA	JA	JA (einstimmig)
Überprüfung von Synergien im Bereich Zusammenlegung von Verwaltungsstrukturen o.ä. der Feuerwehren Meckenbeuren und Neukirch	BM, EBO	Überprüfung von Synergien im Bereich von Verwaltungsstrukturen	Prüfauftrag	Überprüfung von Synergien im Bereich Zusammenlegung von Verwaltungsstrukturen o.ä. der Feuerwehren Meckenbeuren und Neukirch	Einsparung			JA	JA	JA	JA (einstimmig)
Planungen mit Angaben zu gesetzlich geforderten Mindeststandards	Gesamte Verwaltung	Bei den in Planung ausstehenden oder befindlichen Projekten im Hoch- und Tiefbau bitten wir als Diskussionsgrundlage immer die Variante mit den gesetzlich geforderten Mindeststandards den verschiedenen Gremien zu unterbreiten.	wird bereits praktiziert, wird weiterhin empfohlen	Planungen mit Angaben zu gesetzlich geforderten Mindeststandards	Einsparung			JA	JA	JA	JA (einstimmig)
1. Erstellung einer Übersicht aller Freiwilligkeitsleistungen und Pflichtaufgaben 2. Überprüfung einer Unterklassifizierung aller Pflichtaufgaben nach 1. und 2. Ordnung hinsichtlich Wichtigkeit, Relevanz, Zeitraum der Umsetzung und ggfs. Strafrisiko	BM	Hier soll ein Verfahren eingeführt werden, wichtige Entscheidungen klassifiziert einstufen zu können. Unstrittig wird sicher sein, Entscheidungen für Pflichtaufgaben 1. Ordnung (z. B. Kinderbetreuung) im Gegensatz zu Freiwilligkeitsleistungen.	Guter Gedanke. Auch seitens der Verwaltung ist für die strategische Steuerung eine solche Klassifizierung notwendig und sinnvoll. Dies sollte gemeinsam mit dem Gemeinderat erarbeitet werden.	1. Erstellung einer Übersicht aller Freiwilligkeitsleistungen und Pflichtaufgaben 2. Überprüfung einer Unterklassifizierung aller Pflichtaufgaben nach 1. und 2. Ordnung hinsichtlich Wichtigkeit, Relevanz, Zeitraum der Umsetzung und ggfs. Strafrisiko	Einsparung			NEIN	JA	NEIN	JA (einstimmig)
Einführung Personalkostenbudget	Personal	Einführung eines Personalkostenbudgets, auf der Grundlage des Ansatzes der Personalkosten im Haushalt 2025. Etwaige Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst sind separat zu betrachten. Unser Ziel ist hier, eine mittelfristige Reduzierung der Personalquote durch jährliche Anpassungen	Grundsätzlich denkbar - budgetiert. Bei Übernahme neuer Aufgaben oder Wegfall von Aufgaben bzw. Änderung von Standards muss eine Einzelbetrachtung möglich sein.	Prüfauftrag zur Einführung eines Personalkostenbudgets	Einsparung			NEIN	NEIN	JA	JA (einstimmig)
Interkommunale Zusammenarbeit	BM	Konsequent Aufgabenbereiche auszuloten, bei der interkommunal, personelle Ressourcen gebündelt werden und ein gemeinsamer Einsatz von Hardware möglich und sinnvoll ist. Als konkretes Beispiel, wäre hier die Zusammenarbeit mit Meckenbeuren zu nennen (Stichwort Bauhof)	Wird befürwortet, Prüfauftrag: Bündelung interkommunaler personeller Ressourcen	Prüfauftrag Bündelung interkommunaler personeller Ressourcen				JA	JA	JA	JA (einstimmig)
Überblick zur Kinderbetreuung	Bildung	Kinderbetreuung: Wir bitten um einen Überblick, welche Aufgaben und Arbeiten in den Arbeitszeiten, die nicht am Kind stattfinden erledigt werden. Hier wäre nach Pflicht- u. Freiwilligkeitsleistung zu unterscheiden. Auch ist zu prüfen, ob Art und Umfang gefordert bzw. notwendig sind.	wird nicht befürwortet, da die Stellenausstattung in der Betriebserlaubnis festgelegt wird und dadurch keine weiteren Kapazitäten geschaffen werden.	Überblick soll wie vorgeschlagen erarbeitet werden.				NEIN	JA	NEIN	JA (einstimmig)
Überprüfung der Gebühren für die Kinderferienbetreuung	Bildung	Ist dies eine Freiwilligkeitsleistung - ja oder nein? Überprüfung der Gebührenordnung ung ggfs. Bevorzugung von Alleinerziehenden	wird bereits überprüft - siehe Liste Verwaltung	Überprüfung der Gebühren für Schulkindbetreuung in Ferienzeiten ab 2026	Einsparung			JA	JA	JA	JA (einstimmig)

Liste 3 - Vorschläge Gemeinderat zur Einzelabstimmung

Titel	Amt	Beschreibung des Vorschlags	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag	Einsparung Sachkosten / Mehreinnahmen	Betrag	Anmerkungen	OR Tannau	OR Kau	OR Langnau	VA
Portfolios in Kitas	Bildung	– Senkung des Standards bzw Alternativen diskutieren, die weniger Arbeitszeit des Personals beanspruchen – dies natürlich in Abgrenzung zu den Entwicklungsberichten, die verpflichtend sind	wird befürwortet. Einheitlicher Standard soll festgelegt werden.	Senkung des Standards der Portfolios bzw. Alternativen dieser mit einheitlichem Standard in den Kitas	Einsparung			JA	JA	JA	JA (einstimmig)
Kontinuierliches Monitoring von Budgetanmeldungen und - überschreitungen	Kämmerei	Jährliches Monitoring. Auflistung von jährlichen freien Budgets. Welcher Bereich meldet regelmäßig zu viel an? Wie groß ist die Diskrepanz zwischen Soll und Ist	wird praktiziert	Kontinuierliches Monitoring von Budgetanmeldungen und - überschreitungen				JA	JA	JA	JA (einstimmig)
Überprüfung Standards Geburtstagsbesuche betagter Mitbürger, Erhöhung des Alters auf 85 Jahre	Büro BM	Erläuterung des Vorschlags: Besuche zu runden und halbrunden Geburtstagen erfordern Organisationsaufwand durch Verwaltung und Personalaufwand (wenn auch ehrenamtlich). Menschen werden immer älter, Anzahl der Menschen die zum Geburtstag besucht werden sollen erhöht sich. Belastung steigt und Aufwand Verwaltung steigt.	Erhöhung des Alters betagter Bürger auf 85 Jahre wird nicht empfohlen	Überprüfung Standards Geburtstagsbesuche betagter Mitbürger, Erhöhung des Alters auf 85 Jahre.	Einsparung			NEIN	NEIN	JA	NEIN (2 Ja, 9 Nein)
Einsparung im Bereich höhenverstellbare Schreibtische	Personal	Es wird angeregt zu prüfen (falls nicht bereits durchgeführt), ob sich die Beschaffung von höhenverstellbaren Schreibtischen für die Bediensteten der Stadt Tettngang gegebenenfalls auf den Wechsel zu einem höhenverstellbaren Gestell reduzieren lässt. Dies unter Weiterverwendung der bisherigen Arbeitsplatte. Im Weiteren sollte gegebenenfalls geprüft werden, ob mit der Übernahme des ehemaligen AVIRA-Gebäudes auch Mobiliar (ggfs. höhenverstellbare Tische) übernommen wird.	Prüfauftrag	Prüfauftrag: Einsparung im Bereich höhenverstellbare Schreibtisch	Einsparung	8.000 €	Haushalt 2025: jährlicher Ansatz von 8.000 € für höhenverstellbare Tische	JA	JA	JA	JA (5 Ja, 4 Nein, 2 Enth.)
Auslastungen der AU/OU im Stadtgebiet überprüfen	Amt für Bürgerservice	Gibt es Möglichkeiten, die Auslastungen zu optimieren? Können ggfs. mehrere Personen in denselben Unterkünften untergebracht werden um ggfs. weiteres Potenzial ohne weiteren Neubau zu schaffen?	aktuell alle ausgelastet, Vorhaltung muss ebenfalls gewährleistet sein	Prüfauftrag: Strategisches Konzept erarbeiten zur künftigen Ausrichtung der Geflüchtetenunterbringung	Mehreinnahmen			JA	JA	NEIN	NEIN (3 Ja, 8 Nein)
Dorfladen Hiltensweiler: Die kostenfreie Überlassung der Räume plus teilweise Nebenkosten ist auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen	Ehrenamt	Die kostenfreie Überlassung der Räume plus teilweise Nebenkosten ist auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen. Das Geschäft hat sich etabliert. Wettbewerbsfähigkeit und Gleichbehandlung müssen hergestellt werden	Nebenkosten für den Dorfladen sollen erwirtschaftet bzw. bezahlt werden, siehe Vorschlag Verwaltung (Unterscheidung Dorfladen, Dorftreff)	Dorfladen Hiltensweiler soll Nebenkosten ab 2026 selbst tragen	Einsparung			NEIN	NEIN	NEIN	NEIN (2 Ja, 6 Nein, 3 Enth.)
Überprüfung der Dienstfahrzeuge der Verwaltung	Personal	Prüfauftrag: Auslastung von Dienstfahrzeugen und Alternativen	Prüfauftrag wäre grundsätzlich denkbar. Klar ist aber, dass wir dies regelmäßig tun und die Dienstfahrzeuge ausgelastet sind.	Prüfauftrag der Auslastung der Dienstfahrzeuge und Alternativen	Einsparung			NEIN	NEIN	JA	JA (6 Ja, 3 Nein, 2 Enth.)

Liste 3 - Vorschläge Gemeinderat zur Einzelabstimmung

Titel	Amt	Beschreibung des Vorschlags	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag	Einsparung Sachkosten / Mehreinnahmen	Betrag	Anmerkungen	OR Tannau	OR Kau	OR Langnau	VA
Abschaffung „Rathaus Oberlangnau“ bzw. Vereinheitlichung der Wahrnehmung der Aufgaben der Verwaltung in allen drei Ortschaften	Bürgermeister in	Die Ortschaft Oberlangnau ist die einzige der drei Ortschaften, in welchen ein Rathaus mit dauerhafter Personalbesetzung vorgehalten wird. Hier soll eine einheitliche Handhabung wie in den anderen beiden Ortschaften erfolgen.	Prüfauftrag: - Gültigkeit Eingliederungsvereinbarung - wie gestalten wir Verwaltung vor Ort	Abschaffung Rathaus Oberlangnau bzw. Vereinheitlichung der Wahrnehmung der Aufgaben der Verwaltung in allen drei Ortschaften.	Einsparung /Mehreinnahmen		Grundlage für Beschlussfassung OR war: Prüfauftrag: Wie gestalten wir Verwaltung vor Ort und Prüfauftrag: Gültigkeit Eingliederungsvereinbarun gen	JA	JA	Verweis auf Eingliederung svereinbarun g	JA (6 Ja, 5 Nein)
Schließung der Ortsverwaltung Langnau und Versetzung der Mitarbeitenden in das Rathaus Tettngang	Bürgermeister in	Effektiveres Arbeiten, wenn alle Mitarbeitenden zusammensitzen. Freiwerdender Raum kann als AU/OU verwendet werden.	Prüfauftrag: Schließung Ortsverwaltung Langnau - Gültigkeit Eingliederungsvereinbarung - wie gestalten wir Verwaltung vor Ort	Schließung der Ortsverwaltung Langnau und Versetzung der Mitarbeitenden in das Rathaus Tettngang	Einsparung /Mehreinnahmen		Grundlage für Beschlussfassung OR war: Prüfauftrag: Wie gestalten wir Verwaltung vor Ort und Prüfauftrag: Gültigkeit Eingliederungsvereinbarun gen	JA	JA	Verweis auf Eingliederung svereinbarun g	JA (6 Ja, 5 Nein)
Gutachen an Externe	Tiefbau, Hochbau	Die Stadt Tettngang überträgt beim Hoch- und Tiefbau in vielen Bereichen Aufgaben und Gutachten an externe Dienstleister. Hier bitten wir um fortlaufende Information über Vergaben, die nicht im Rahmen einer Ausschreibung vergeben werden.	Prüfauftrag	Fortlaufende Information über Vergaben an Externe, die nicht im Rahmen einer Ausschreibung vergeben werden.	Einsparung			JA	NEIN	JA	JA (10 Ja, 1 Enth.)
Auslaufen lassen der Stelle "Quartiersmanagement St. Anna"	Ehrenamt	Überprüfung der Stelle "Quartiersmanagement St. Anna" zum Ende der Laufzeit	sollte zum Ende der Laufzeit überprüft werden.	Auslaufen lassen der Stelle "Quartiersmanagement St. Anna "	Einsparung		Stelle wurde zum 01.10.2024 für 3 weitere Jahre verlängert; Personalkosten für die Stadt im Jahr 2024: 39.858 € Grundlage für Beschlussfassung OR war: Die Verlängerung / Auslaufen der Stelle "Quartiersmanagement St. Anna" wird zum Ende der Laufzeit überprüft.	JA	JA	JA	NEIN (4 Ja, 6 Nein, 1 Enth.)
Aussetzung des Integrationsbeirates	BM	Kosten sparen hinsichtlich Sitzungsgeldern etc.	wird nicht empfohlen im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Situation	Der Integrationsbeirat wird ausgesetzt.	Einsparung		Integrationsbeiräte erhalten kein Sitzungsgeld <u>Haushalt 2025:</u> Förderung: 5.750 € Aufwendungen: 7.700 € Abmangel: 1.950 €	JA	NEIN	JA	NEIN (5 Ja, 6 Nein)

Liste 3 - Vorschläge Gemeinderat zur Einzelabstimmung

Titel	Amt	Beschreibung des Vorschlags	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag	Einsparung Sachkosten / Mehreinnahmen	Betrag	Anmerkungen	OR Tannau	OR Kau	OR Langnau	VA
Aufnahme von Verhandlungen mit Nachbargemeinden über Co-Finanzierung des Freibades Obereisenbach.	BM	Das Freibad Obereisenbach wird zwar von der Firma Vaude betrieben und der Förderverein trägt maßgeblich zur Kostensenkung bei, dennoch trägt die Stadt einen nicht unerheblichen Nettoressourcenverbrauch dadurch, dass sie den verbleibenden Abmangel trägt. Da das Freibad ganz überwiegend von Bürger:innen der Nachbargemeinden genutzt wird, soll dieser Abmangel anteilig auch von dern Nachbargemeinden getragen werden.	wird empfohlen, Einschätzung der Verwaltung ist, dass kein Erfolg erzielt wird, da dies bereits in der Vergangenheit erfolgt ist	Aufnahme von Verhandlungen mit Nachbargemeindem über Co-Finanzierung des Freibades Obereisenbach	Mehreinnahmen			NEIN	JA	JA	JA (10 Ja, 1 Enth.)
Schwimmbad Obereisenbach - keine weiteren Investitionen außer Instandhaltung	Tiefbau	Aufgrund des Neubaus und des grundsätzlich guten Zustandes dürfen keine weiteren neuen, zusätzlichen Investitionen getätigt werden - außer natürlich notwendige Instandhaltung	keine weiteren Investitionen, nur notwendige Instandhaltung	Freibad Obereisenbach - keine weiteren Investitionen außer Instandhaltung	Einsparung			JA	JA	JA	JA (6 Ja, 1 Nein, 4 Enth.)
Kein weiterer Ausbau von barrierefreien Bushaltestellen	Tiefbau	Kein weiterer Ausbau von Barrierefreier Bushaltestellen	Einzelfallprüfung wäre notwendig.	Kein weiterer Ausbau von barrierefreien Bushaltestellen	Einsparung			JA	NEIN	JA	JA (8 Ja, 2 Nein, 1 Enth.)
Überprüfung der Parkgebührenordnung in Tettngang	Stadtplanung	Unserer Ansicht nach kann Parken in Tettngang auch mehr Kosten. Wann wurden die Parkgebühren zuletzt erhöht? Welche Parkpotenzialräume gibt es noch im Stadtgebiet für Parkbewirtschaftung? Wie sind die Tageshöchstparkdauern? Einführung einer Brötchentaste für 20 Minuten frei - in Verbindung mit höheren Parkkosten im Anschluss...	Prüfauftrag: Parkraumbewirtschaftung, Parkgebührenordnung - siehe Vorschlag Verwaltungsliste	Prüfauftrag Parkraumbewirtschaftung, Überprüfung Parkgebührenordnung	Mehreinnahmen			JA	JA	JA	JA (9 Ja, 2 Enth.)
Pflegemaßnahmen von Allgemeingrün verringern	Bauhof	Statt z. B. 4 Mähzyklen nur noch 3 Mähzyklen oder einmal weniger Kreisverkehre bepflanzen	Prüfauftrag: Reduzierung der Pflegemaßnahmen von Allgemeingrün - siehe Vorschlag Bauhof-Standards	Pflegemaßnahmen von Allgemeingrün verringern	Einsparung		Grundlage für Beschlussfassung OR war: Prüfauftrag zu den Standards Grün	JA	JA	JA	JA (9 Ja, 1 Nein, 1 Enth.)
Stadtmarketing: Schrittweise Umsetzung des neuen Konzepts/Logo usw.. Keine Vernichtung noch vorhandener Ressourcen. Auch bei neuem Konzept ressourcenschonende Anwendung (z.B. möglichst viel Verwendung von schwarz/weiß anstatt Farbe bei Drucksachen, oder weniger schmückender Farbflächen im Rahmen eines Designs).	Stadtmarketing	Sofern das neue Marketingkonzept bzw. das neue Logo in einem umfassenden Schritt eingeführt wird, entstehen einerseits erhebliche Gesamtkosten, da überall das alte gegen das neue Logo ersetzt werden muss (Briefbögen, alle städtischen Einrichtungen, Briefbögen, Werbeartikel, Autoaufkleber, Homepage, Ortseingangsstelen usw.). Andererseits werden möglicherweise vorhandene Ressourcen mit dem alten Logo vernichtet, was unter verschiedenen Aspekten (Kosten, Energie, Umwelt) vermieden werden sollte.	Prüfauftrag: Schrittweise Umsetzung des neuen Konzepts / Logo, Keine Vernichtung noch vorhandener Ressourcen. Auch bei neuem Konzept ressourcenschonende Anwendung.	Stadtmarketing: Schrittweise Umsetzung des neuen Konzepts/Logo usw.. Keine Vernichtung noch vorhandener Ressourcen. Auch bei neuem Konzept ressourcenschonende Anwendung (z.B. möglichst viel Verwendung von schwarz/weiß anstatt Farbe bei Drucksachen, oder weniger schmückender Farbflächen im Rahmen eines Designs).	Einsparung			JA	Prüfauftrag: JA	JA	JA (8 Ja, 2 Nein, 1 Enth.)
Gesamtstrategie konsequent umsetzen	Bürgermeisterin	Wir befassen uns seit Jahren mit Strategien und setzen die daraus resultierenden Maßnahmen nicht um. Wir haben Klausurtagungen, wir haben ISEK, wir haben diverse Sachen in den Schubladen. Es fehlt die Person, die das mit dem Gesamtblick umsetzt.	Die Stadt hat keine kommunale Gesamtstrategie, was aber dringend für eine Konsolidierung notwendig wäre.	Gesamtstrategie konsequent umsetzen	Einsparung		Grundlage für Beschlussfassung OR war: Erstellung einer kommunalen Gesamtstrategie	JA	NEIN	JA	JA (9 Ja, 2 Enth.)

Liste 3 - Vorschläge Gemeinderat zur Einzelabstimmung

Titel	Amt	Beschreibung des Vorschlags	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag	Einsparung Sachkosten / Mehreinnahmen	Betrag	Anmerkungen	OR Tannau	OR Kau	OR Langnau	VA
Einführung eines "Betrieblichen Vorschlagswesens" mit Belohnungssystem	Personal	Mitarbeitende sollen motiviert werden, Verbesserungsvorschläge auch finanzieller Art zu machen. Betroffene zu Beteiligten machen. Konsolidierung soll als dauernder Prozess eingeführt werden - wo geht es morgen noch etwas effizienter als heute?	wird befürwortet	Einführung "Betriebliches Vorschlagswesens" mit Belohnungssystem	Einsparung			NEIN	JA	JA	JA (5 Ja, 2 Nein, 3 Enth.)
Rückbau von Mehrfachstrukturen im Freiwilligkeitsbereich - Nachbesetzungen im Freiwilligkeitsbereich in den VA	Gesamte Verwaltung / Personal	Im Zuge der Stellenoptimierungen sehen wir es als nötig an, alle freiwerdenden Stellen und deren ggf. Nachbesetzungen von Stellen im Freiwilligkeitsbereich im VA vorzubereiten. Hier muss bei jeder Stelle ggf. die Entscheidung getroffen werden ob momentan eine Nachbesetzung leistbar ist oder nicht.	Wird nicht befürwortet. Grundlage für ein verlässliches Arbeiten muss der beschlossene Haushaltsplan mit Stellenplan für die Verwaltung sein.	Rückbau von Mehrfachstrukturen im Freiwilligkeitsbereich - Nachbesetzungen im Freiwilligkeitsbereich in den VA				NEIN	NEIN	JA	NEIN (5 Ja, 5 Nein)
Anpassung Grundsteuerhebesatz an Entwicklung Inflation seit letzter Erhöhung 2010, ggfls. in mehreren Schritten	Kämmerei	Die Grundsteuer hat nicht an der Inflation/Preisentwicklung teilgenommen und ist daher von Jahr zu Jahr weniger Wert gewesen. Im Jahr 2010 lag der Verbraucherpreisindex bei 88, 1 (2020 = 100), im Jahre 2024 lag er bei 119,3. Im Jahr 2024 fehlten der Stadt damit rund 1 Mill. €, um mit den Einnahmen der Grundsteuer das gleiche finanzieren zu können, wie noch 2010.	Prüfung wird befürwortet, §§ 78 ff GemO	Anpassung Grundsteuerhebesatz an Entwicklung Inflation seit letzter Erhöhung 2010, ggfls. in mehreren Schritten	Mehreinnahmen			JA	NEIN	NEIN	NEIN (4 Ja, 5 Nein, 2 Enth.)
Einführung einer Abgabe nach dem Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung vom Wohnraum ((zwESG).	Kämmerei	Durch die Zweckentfremdung einer Wohnung, z.B. leer stehe lassen oder nur vorübergehende Nutzung als Ferienwohnung anstatt dauerhafter Nutzung als Mietwohnung, geht Wohnraum in der Kommune verloren. Mit der Zweckentfremdungsabgabe sollen Anreize zur Vermietung als dauerhafte Mietwohnung geschaffen werden.	wird nicht befürwortet - Kosten/Nutzen	Einführung einer Abgabe nach dem Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung vom Wohnraum ((zwESG).	Mehreinnahmen			NEIN	Prüfauftrag: NEIN	NEIN	NEIN (2 Ja, 9 Nein)
Einführung Zweitwohnungssteuer	Kämmerei	Wohnung, welche lediglich als Zweitwohnung genutzt werden, verknappen und verteuern zunächst das Angebot an Wohnraum. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches (z.B. Anteil Einkommenssteuer der Kommune), fließen Zweitwohnsitze nicht in die Berechnungsformel ein. Dennoch verursachen auch Zweitwohnsitze Infrastrukturkosten in der Kommune.	Prüfung wird befürwortet, siehe Liste Verwaltung	Prüfauftrag zum Haushalt 2026	Mehreinnahmen			JA	JA	JA	JA (9 Ja, 1 Nein, 1 Enth.)
Zweitwohnsitzsteuer	Kämmerei	Wie bereits in der Haushaltsrede gefordert, bitten wir um die Ausarbeitung des Themas Zweitwohnsitzsteuer als potenzielle neue Einnahmequelle für die Stadt.	Prüfung wird befürwortet, siehe Liste Verwaltung	Prüfauftrag zum Haushalt 2026	Mehreinnahme			JA	JA	JA	JA (9 Ja, 1 Nein, 1 Enth.)

Liste 3 - Vorschläge Gemeinderat zur Einzelabstimmung

Titel	Amt	Beschreibung des Vorschlags	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag	Einsparung Sachkosten / Mehreinnahmen	Betrag	Anmerkungen	OR Tannau	OR Kau	OR Langnau	VA
Einführung eines Basispreises für Gewerbegrundstücke ausgehend von einer bestimmten Nutzungsmöglichkeit (Verhältnis möglich Nutzfläche lt. BPlan zu Grundstücksfläche), Berechnung eines höheren m²-Preises, sofern eine erhöhte Nutzung möglich ist und Aufnahme einer Nachzahlungsklausel,sofern BPlan auf Wunsch des Käufers dahingehend geändert wird, dass eine erheblich größere Nutzfläche auf der gleichen Grundstücksfläche hergestellt werden kann, z.B. durch Zulassung einer höheren Bebauung (zusätzliche Stockwerke = zusätzliche gewerbliche Nutzfläche).	Kämmerei	Einführung eines Basispreises für Gewerbegrundstücke ausgehend von einer bestimmten Nutzungsmöglichkeit (Verhältnis möglich Nutzfläche lt. BPlan zu Grundstücksfläche), Berechnung eines höheren m²-Preises, sofern eine erhöhte Nutzung möglich ist und Aufnahme einer Nachzahlungsklausel,sofern BPlan auf Wunsch des Käufers dahingehend geändert wird, dass eine erheblich größere Nutzfläche auf der gleichen Grundstücksfläche hergestellt werden kann, z.B. durch Zulassung einer höheren Bebauung (zusätzliche Stockwerke = zusätzliche gewerbliche Nutzfläche).	grundsätzlich sinnvoll - Einzelbetrachtung	Einführung eines Basispreises für Gewerbegrundstücke ausgehend von einer bestimmten Nutzungsmöglichkeit (Verhältnis möglich Nutzfläche lt. BPlan zu Grundstücksfläche), Berechnung eines höheren m²-Preises, sofern eine erhöhte Nutzung möglich ist und Aufnahme einer Nachzahlungsklausel,sofern BPlan auf Wunsch des Käufers dahingehend geändert wird, dass eine erheblich größere Nutzfläche auf der gleichen Grundstücksfläche hergestellt werden kann, z.B. durch Zulassung einer höheren Bebauung (zusätzliche Stockwerke = zusätzliche gewerbliche Nutzfläche).	Mehreinnahme			NEIN	JA	NEIN	NEIN (2 Ja, 9 Nein)
Überprüfung der Hallenbenutzungsordnung und Umsatzpacht	Kämmerei	Vorlegen der aktuell bestehenden Satzungen und Diskussion über mögliche Potenziale und Einnahmemöglichkeiten, Veränderungen etc.	Prüfung wird befürwortet, siehe Liste Verwaltung	Überprüfung der Hallenbenutzungsordnung und Umsatzpacht	Mehreinnahmen			JA	JA	JA	JA (8 Ja, 3 Nein)